



**GKKE**

**Gemeinsame Konferenz  
Kirche und Entwicklung**

Joint Conference Church  
and Development

# **Ehrlichkeit ist das Gebot der Stunde**

**Beitrag der GKKE zur Auswertung  
des deutschen Einsatzes in Afghanistan**

1. Einleitung .....	3
2. Elemente einer ehrlichen und umfassenden Evaluation .....	4
a) Der erste Schritt: Selbstkritische Reflexionen zum Engagement und der Friedensethik der Kirchen .....	4
b) Reflexion des friedenspolitischen Konzepts des <i>State Building</i> .....	5
c) Reflexion zur Bedeutung der ethnischen und religiösen Dimension des Konflikts .....	7
d) Reflexion der deutschen Entwicklungszusammenarbeit .....	9
e) Reflexion des deutschen Beitrags zum internationalen Militäreinsatz in Afghanistan .....	12
f) Reflexion der Begleitung der Menschen im und nach dem Einsatz .....	15
3. Lessons learned – eine Zusammenfassung .....	17
Anhang: Mitglieder der Task Force „Beitrag zu Evaluation des deutschen Afghanistan-Einsatzes“ der GKKE .....	20

## 1. Einleitung

### *Wer wir sind*

„Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) ist ein ökumenischer, evangelisch-katholischer Arbeitsverbund zur Entwicklungspolitik. Als gemeinsame Stimme der beiden großen Kirchen in Deutschland will die GKKE dem Gedanken der einen Welt in unserem Land politisches Gewicht verleihen. Sie führt Dialoge mit Parlament, Regierung und gesellschaftlichen Interessengruppen zu Fragen der Nord-Süd-Politik und der Entwicklungszusammenarbeit.“ (Selbstdarstellung der GKKE). Unseren Reflexionshintergrund bildet das Leitbild vom Gerechten Frieden, wie es in den Grunddokumenten der beiden Kirchen formuliert wurde. (Die Deutschen Bischöfe: Gerechter Friede, 2000 und Rat der EKD: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, 2007)

### *Anlass, Zweck und Entstehung der Stellungnahme*

Am 29. Juni 2021 endete nach 20 Jahren offiziell der vom Bundestag mehrfach mandatierte militärische Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, die letzten Soldatinnen und Soldaten wurden mit der Evakuierung am 26. August abgezogen. Mit der Rückkehr der Taliban an die Macht endeten auch viele zivile Unterstützungs- und Aufbauprogramme, für die Mitarbeitende staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen in Afghanistan im Einsatz waren.

Die katholische und evangelische Kirche in Deutschland sind mit Menschen in Afghanistan auf vielfache Weise verbunden. Über Caritas International und die Diakonie Katastrophenhilfe beteiligen sich beide Kirchen an der humanitären Hilfe für Afghanistan. Misereor arbeitet in Afghanistan mit Partnerorganisationen in der Bildungsarbeit, im Gesundheitswesen, der ländlichen Entwicklung und in der Flüchtlingsarbeit. Brot für die Welt unterstützt Partner in den Nachbarstaaten, die mit lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen in Afghanistan arbeiten.

Beide Kirchen haben den Einsatz mit friedensethischen Reflexionen kritisch begleitet und in Akademien, Diskussionsveranstaltungen und Stellungnahmen die friedensethischen Implikationen des Einsatzes betrachtet.

Die Katholische Militärseelsorge und die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr haben Soldatinnen und Soldaten im Einsatz begleitet und dabei mit ihnen auch Fragen nach Sinn und Zweck des Einsatzes reflektiert. Die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr betreibt ein Programm zur Begleitung von einsatzbelasteten Menschen sowie ihrer Angehörigen, das auch zivilen Einsatzkräften offensteht.

Aus der bleibenden Verbundenheit mit den Menschen in Afghanistan, der Verantwortung gegenüber Soldatinnen und Soldaten und zivilen Einsatzkräften und im Sinne einer notwendigen Nacharbeit für alle, die in Afghanistan im Einsatz waren, wollen wir mit diesem Papier einen Beitrag zur Aufarbeitung des Einsatzes leisten. Wir beschränken uns dabei auf wesentliche Einsichten, die kirchliche Akteure und Akteurinnen im Laufe des umfassenden Einsatzes gewonnen haben. Wir legen einen besonderen Wert auf die verschiedenen Ebenen des Einsatzes; wir wollen damit einer Fokussierung auf die militärischen Komponenten des Einsatzes entgegenwirken und den Blick auf weiter-

gehende Erfahrungen lenken. Die spezifisch kirchlichen Perspektiven werden dabei in dem politischen und sicherheitspolitisch-militärischen Kontext betrachtet. Es sind Schlaglichter und sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Für diese Stellungnahme wurden verschiedene Hearings veranstaltet, in denen Menschen aus Afghanistan und der afghanischen Diaspora ihre Sicht eingebracht haben. Darüber hinaus fanden Hearings mit Fachleuten aus Wissenschaft und politischer Beratung sowie mit Verantwortlichen aus der Politik, der Diplomatie und der Bundeswehr statt. Für alle Hearings wurde Vertraulichkeit vereinbart.

### *Reflexion des Aufarbeitungsprozesses in Deutschland*

Obwohl es in den Jahren viele Stimmen am Einsatz Beteiligten gab, die eine Evaluation gefordert haben, hat eine umfassende Auswertung des gesamten Afghanistan-Einsatzes nie stattgefunden. Auch die Kirchen haben in Stellungnahmen über die Jahre des Einsatzes eine gründliche, umfassende und unabhängige Evaluierung des Afghanistan-Einsatzes gefordert. Deshalb begrüßen wir den gegenwärtigen Aufarbeitungsprozess auf den verschiedenen Ebenen. Unsere Stellungnahme versteht sich als ein kirchlicher Beitrag zur Gesamtaufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes. In unseren Gesprächen ist uns immer wieder die dringende Forderung nach einer ehrlichen Evaluation begegnet. Das erfordert unseres Erachtens eine maßgebliche Beteiligung sowohl der Afghaninnen und Afghanen, die in der Diaspora in Deutschland leben, als auch derjenigen, die noch in Afghanistan verbleiben. Darüber hinaus sollten die Erfahrungen der vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen einbezogen werden, die z.T. schon lange in Afghanistan engagiert sind.

Die aktuell angestoßenen Evaluationsprozesse, die nach 20 Jahren auf den Einsatz schauen, sind unterschiedlich zu bewerten: Die ressortübergreifende Evaluation des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat ist mit dem Manko behaftet, dass sie die Entwicklung in Afghanistan erst ab dem Jahr 2013 betrachten. Das Bundesministerium der Verteidigung hat einen eigenen Bericht formuliert, der nun in die interministerielle Auswertung einfließen muss. Der Untersuchungsausschuss zum Abzug der Bundeswehr ist dringend notwendig, beschränkt sich aber ebenfalls auf einen sehr engen Zeitraum. Eine umfassende Evaluation des Einsatzes ist am ehesten von der Enquetekommission zu erwarten. Die Kommission wird beweisen müssen, unabhängig von parteipolitischen Interessen zu Ergebnissen zu kommen. Eine Aufarbeitung muss ergebnisoffen sein. Die verschiedenen Aufarbeitungsprozesse sollten aufeinander bezogen werden, um dem Anspruch einer umfassenden Evaluation zu genügen.

## **2. Elemente einer ehrlichen und umfassenden Evaluation**

### **a) Der erste Schritt: Selbstkritische Reflexionen zum Engagement und der Friedensethik der Kirchen**

Neben einem humanitären, diakonischen und caritativen Engagement für die Menschen in Afghanistan und die Flüchtenden stand für die beiden großen Kirchen in Deutschland die friedensethische

Auseinandersetzung mit dem Afghanistaneinsatz im Vordergrund. Dabei spiegelten sich bei den Kirchenmitgliedern und den in der Kirche Verantwortung Tragenden auch die unterschiedlichen Positionierungen in der Gesamtbevölkerung wider.

Einerseits boten die Kirchen mit ihren Stellungnahmen und Diskussionsforen einen Raum für die notwendige und an anderer Stelle fehlende öffentliche Debatte. Einen wichtigen Beitrag leistet dabei die seit 1984 jährlich stattfindende Afghanistantagung der Evangelischen Akademie Villigst. Andererseits müssen wir uns als Kirchen auch fragen, ob wir mit der Vielstimmigkeit und teilweisen Widersprüchlichkeit der Äußerungen Soldatinnen und Soldaten, zivilen Einsatzkräften und politisch Verantwortlichen genug Orientierung in der öffentlichen Debatte angeboten haben.

Im Einzelnen ist dabei zu fragen,

- ob wir vernehmbar genug auf das Fehlen eines Gesamtkonzepts unter dem Primat des Politischen, einer systematischen und unabhängigen Wirkungsanalyse und einer Exitstrategie hingewiesen haben;
- ob wir nicht grundsätzlich genug danach gefragt haben, ob militärische Interventionen unter Bedingungen, wie sie in Afghanistan herrschten, überhaupt Sinn machen und ob wir uns selbst der Illusion hingeeben haben, dass eine stärkere zivile und vor allem entwicklungspolitische Komponente im Rahmen eines zivil-militärischen Zusammenwirkens den Einsatz zum Erfolg geführt hätte;
- ob wir früh und stark genug auf die menschlichen Kosten derjenigen, die in Afghanistan im Einsatz waren und vor allem der afghanischen Zivilbevölkerung, geachtet haben.

#### **b) Reflexion des friedenspolitischen Konzepts des *State Building***

Der Transfer rechtsstaatlicher Institutionen westlichen Vorbilds nach Afghanistan ist von sozio-kulturellen Voraussetzungen ausgegangen, die in der afghanischen Gesellschaft in der Breite nicht gegeben waren und sind. So ist in Europa und den USA der demokratische Rechtsstaat in einem Jahrhunderte andauernden Kampf entstanden. Zielperspektive des politischen Handelns war und ist dabei das Individuum mit seinen fundamentalen Rechten. Die vielfältigen demokratischen Entscheidungsprozesse dienen der Verwirklichung dieser fundamentalen Rechte und der Interessen der Bürgerinnen und Bürger, so dass sich im Recht die gesellschaftlichen Vorstellungen der Werte und des guten Lebens widerspiegeln. Eine Aufgabe der staatlichen Institutionen ist es, diese im demokratischen Prozess vereinbarten Gesetze umzusetzen.

In Afghanistan wollte die internationale Staatengemeinschaft seit Dezember 2001 den afghanischen Staat planvoll wiederaufbauen – mit zum Teil unterschiedlichen Vorstellungen und Methoden. Es hat sich aber insgesamt als höchst problematisch erwiesen, dass sich die externen Akteure in dem innerafghanischen Streit um die richtige Gesellschafts- und damit Rechtsordnung auf die Seite der kleinen urbanen, westlich orientierten afghanischen Bevölkerungsgruppe gestellt haben und dabei die ca. achtzigprozentige Mehrheit der eher traditionell eingestellten Landbevölkerung vernachlässigt haben. Hier konnte der Widerstand der Taliban ansetzen.

In Afghanistan war es also in der Regel nicht die Gesellschaft selbst, die ihre Vorstellung eines guten Lebens und des richtigen Zusammenlebens in einem mühsamen gesellschaftlichen Ringen ausdiskutiert und entfaltet hat. Vielmehr sind wesentliche Entscheidungen von externen Akteuren durchgesetzt worden. Recht und die sie umsetzenden Institutionen hat nicht der politische Prozess der afghanischen Gesellschaft hervorgebracht, sondern beides sind Importe gewesen, die die externen Akteure „aufgebaut“ haben. Wenn die einheimische Idee des richtigen Zusammenlebens und das Recht, das dieses Zusammenleben regeln soll, auseinanderklaffen, fehlt der Rechtsordnung die Akzeptanz. Externe Akteure müssen sich auf eine „Hebammen-Rolle“ beschränken, um es der jeweiligen Gesellschaft zu ermöglichen, ihr eigenes Modell gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens zu entwickeln. Für einen solchen Prozess des *State Building* sind Zeithorizonte von mindestens zwei Generationen realistisch.

Nach dem überraschend schnellen Sturz des Talibanregimes im November 2001 standen internationale Politik und afghanische Akteure vor der Herausforderung, dass in Afghanistan eine verlässliche staatliche Ordnung aufwachsen musste, von der keine Bedrohung mehr für internationale Sicherheit ausgehen würde. Die Resolution 1375 des VN-Sicherheitsrates vom 14. November 2001 und die 1. Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bestimmten die ersten Schritte einer Übergangsregierung, eines Verfassungsprozesses und erster freier Wahlen unter Einbeziehung der Versammlung aller Stammesführer (Loya Dschirga). VN-Resolutionen wie Bundesregierung betonten wiederholt die Primärverantwortung der afghanischen Regierung und die unterstützende Rolle der Staatengemeinschaft.

Der tatsächliche Staatsaufbau verlief dann aber anders. Er ging einher mit einer enormen Unterschätzung der Herausforderung dieser Aufgabe. Die personelle Unterausstattung der deutschen Diplomatie vor Ort und des *German Police Project Office* zeigen exemplarisch die fehlende Ziel-Mittel-Relation. Unterschiedliche Ansätze des *State Building* bei den internationalen Partnern und eine sich stetig wandelnde Strategie erschwerten zusätzlich die Entwicklung der politischen Strukturen. Die Durchsetzung eines Präsidialsystems, die Nichtzulassung von Parteien bei Wahlen und die Bevorzugung ehemaliger Warlords – oft Kriegsverbrecher und äußerst korrupt – bei der Rückkehr in Machtpositionen wurden von maßgeblichen Verbündeten befördert und behinderten verlässliche Staatlichkeit.

In diesem Kontext ist auch auf die endemische Korruption in Afghanistan einzugehen, die vor allem in der Spitze des Staates und der politischen Elite herrschte. Während und nach dem internationalen Einsatz ist immer wieder auf sie hingewiesen worden. Die Ursachen der Korruption und die sie fördernden internationalen Akteure wurden aber wenig beachtet. Korruption, verstanden als persönliche Vorteilsnahme – die im Fall öffentlicher Gelder zulasten des Gemeinwohls geht –, ist kein Phänomen ausschließlich fragiler oder gescheiterter Staaten, sondern kommt auch in funktionierenden Rechtsstaaten vor. In fragilen oder gescheiterten Staaten kommen aber weitere, befördernde Umstände hinzu: In grassierender Korruption drückt sich entweder mangelndes Vertrauen in das Funktionieren staatlicher Institutionen aus oder sie weist auf ihr Fehlen hin. In Afghanistan schürten Klientelismus, Nepotismus, Patronage, extern überbezahlte Projekte und Schmiergeldzahlungen das

Misstrauen der Bevölkerung gegenüber ihrer Regierung. So kam es z.B. wegen hoher Sicherheitszulagen durch die Geberländer zu einem Ungleichgewicht zum lokalen Lohngefüge und zu einer Spaltung der Gesellschaft in Begünstigte des Systems und Nichtbeachtete. Neid und weitere Entfremdung der armen ländlichen Bevölkerung von der Regierung waren die Folgen. Selbst die Spitze des Staates hat nicht in letzter Konsequenz an das Projekt des Staatsaufbaus in Afghanistan geglaubt und rechtzeitig durch den schamlosen Griff in öffentliche Kassen vorgesorgt.

Diesen latenten Prozess persönlicher Vorteilsnahme hat das Handeln der internationalen Gemeinschaft erheblich befeuert: Mit erhöhtem Einsatz finanzieller Mittel sollte der Prozess des *State Building* in die gewünschte Richtung gelenkt und zusätzlich auch noch beschleunigt werden. Politische Reformen mit viel Geld vorantreiben zu wollen war ein von allen externen Akteuren – unterschiedlich intensiv – betriebener Ansatz, der zugleich unmittelbar auch die Korruption befördert hat. Kluge Politik muss im Vorfeld überlegen, mit welchen Maßnahmen exzessive Korruption einhegbar ist und im Rahmen des *State Building* sukzessive überwunden werden kann.

### **c) Reflexion zur Bedeutung der ethnischen und religiösen Dimension des Konflikts**

Afghanistan ist ein tief gespaltenes Land, geprägt durch tribale Strukturen mit einer Vielzahl verschiedener ethnischer Gruppen. Zu den vier größten Gruppen gehören die Paschtunen (überwiegend Sunniten) im Süden und Osten Afghanistans (sowie im Nordwesten Pakistans), die Tadschiken (Sunniten) in der Region Herat und im Nordosten Afghanistans, die Usbeken (Sunniten) im Norden Afghanistans sowie die Hazara (Schiiten und die am stärksten benachteiligte Gruppe) in Zentralafghanistan.

Mit 35-45% stellen die Paschtunen die dominierende Ethnie dar. Sie verstehen sich als die wahren Afghanen (sprachlich stellen Afghane und Paschtune synonyme Begriffe dar), womit auch ein „Recht zum Regieren“ abgeleitet wird. Diese Ethnie beruht auf dem Glauben an eine gemeinsame Abstammung, einem geteilten Ehren- und Stammeskodex sowie einem ausgeprägten Männlichkeitskult, verbunden mit der Rückstellung der Frau. Ein Großteil der Taliban sind Paschtunen. Hier bestehen enge ethnische Bezüge: So befolgen auch die Taliban das traditionelle Sittengesetz der Paschtunen. Neben ethnischen und tribalen Bezügen spielt der Islam im Leben der Afghaninnen und Afghanen eine zentrale Rolle. 99,9% der afghanischen Bevölkerung sind Muslime (davon etwa vier Fünftel Sunniten und ein Fünftel Schiiten). Während die Bevölkerung ihre Religion lange Zeit auf eine soziokulturelle Weise praktizierte, änderte sich dieses mit der sowjetischen Besatzung in Afghanistan. In Ablehnung sowjetischer Modernisierungsbestrebungen und der antireligiösen sowjetischen Propaganda begannen sich traditionsverbundene Afghanen zu radikalieren. So entstanden in dem politischen Vakuum des Landes nach Abzug der sowjetischen Truppen und der fehlenden internationalen Unterstützung auch die Taliban. Ihre Kämpfer wurden vor allem in den nordpakistanischen Flüchtlingslagern und Koranschulen rekrutiert und ausgebildet. Unter der Herrschaft der Taliban, die 1996 das „Islamische Emirat Afghanistan“ proklamierten, etablierte sich ein ultra-konservativer Islam. Die Taliban vertreten eine streng traditionelle islamische Lehre. Diese umfasst das gesamte afghanische Leben – die gesellschaftliche, politische wie rechtliche Sphäre. Mit Rückgriff auf die alte

paschtunische Sittenordnung wird auch das Zusammenleben streng kontrolliert. Mit der erneuten Machtübernahme 2021 scheint sich diese Konstellation zu wiederholen.

Ein zentrales Ziel der Taliban war die Befreiung Afghanistans von der „Fremdherrschaft“. Sie sehen sich als „Retter Afghanistans“, die mit Rückgriff auf einen traditionell verstandenen Islam dem Land zum Frieden verhelfen wollen. Dabei verbindet sich ein religiös motivierter Widerstand mit dem paschtunischen Dominanzanspruch. Diese Entwicklung richtete sich zunächst gegen die sowjetische Besatzung, seit den 1990er Jahren und verstärkt mit dem 11. September 2001 gegen die westliche Allianz.

Mit den internationalen Einsätzen OEF und ISAF gingen – im Hinblick auf die ethnische und religiöse Dimension des Konfliktes – zentrale Fehleinschätzungen einher: Zu den größten Fehlern gehörte die Gleichsetzung der Taliban mit anderen islamistischen Gruppierungen. Im von den USA angeführten Krieg gegen den Terror wurde nicht zwischen den Taliban, der al-Qaida und später dem Islamischen Staat (IS) unterschieden. Alle drei Gruppierungen sind zwar radikal-islamistisch, verbunden mit einer fundamentalen Ablehnung als westlich angesehener Werte, aber sie trennt mehr als sie eint: Erstens sind sie ideologisch nicht gleichzusetzen. Nach der Lehre der Taliban hat der Gläubige – in Anlehnung an das paschtunische Sittengesetz – in einer moralisch guten Gemeinschaft zu leben. Der IS-Afghanistan, der 2014 aus einem Ableger der al-Qaida im Irak hervorgegangen ist, beruft sich auf den Wahhabismus. Er beansprucht, als einziger die wahre islamische Lehre zu vertreten. Nicht nur Anders- und Ungläubige, sondern auch Muslime, die einer anderen islamischen Rechtsschule folgen, müssen als „Gottesfeinde“ bekämpft werden, so auch die Taliban. Zweitens haben sie unterschiedliche Einflusszonen. Während al-Qaida und der IS weltweit agieren, haben die Taliban keine internationale Agenda. Ihr Fokus liegt ausschließlich auf Afghanistan. Drittens bestehen unterschiedliche Verflechtungen. Im Gegensatz zur mehrheitlich von den Paschtunen getragenen Taliban-Bewegung (vor allem in der Landbevölkerung) sind al-Qaida und der IS nicht in der afghanischen Bevölkerung verankert. Und viertens bestehen unterschiedliche Beziehungen zwischen den islamistischen Gruppen. Während die Taliban und der IS nie miteinander kooperiert haben und untereinander verfeindet sind, gewähren die Taliban al-Qaida seit den 1990er Jahren ein Gastrecht. Dieses Gastrecht haben die Paschtunen arabischen Stämmen in Afghanistan, aus denen auch die al-Qaida hervorgegangen ist, angesichts des Krieges gegen die Sowjetunion bereits in den 1980er Jahren gewährt. Die Tradition geht auf das paschtunische Sittengesetz zurück und gilt als „heilig“ – ein Grund, warum die Taliban sich weigerten, Osama bin Laden an die USA auszuliefern. Dieses Gastrecht spaltete letztlich aber auch die Taliban, sprachen sich deren pragmatische Vertreter für seine Auslieferung aus.

All diese Unterschiede und notwendigen Differenzierungen wurden bei den Missionen OEF und ISAF wenig berücksichtigt bzw. gar nicht erst wahrgenommen. Das hatte zur Folge, dass man die Taliban auch in der weiteren Entwicklung Afghanistans als eine der zentralen afghanischen Kräfte nicht an der Konfliktlösung und am geplanten Neuaufbau des Landes beteiligt hat; eine Einbindung in den politischen Prozess erfolgte nicht. Dass die Petersberger Afghanistan-Konferenz 2001 ohne die Tali-



ban stattgefunden hat, ist zweifelsohne der historischen Situation geschuldet. Damit wurde allerdings die Chance vertan, alle politisch relevanten Parteien – auch die schwierigen – an einen Tisch zu bringen.

Eine weitere Fehleinschätzung war es, den Rückhalt der Taliban in der afghanischen Bevölkerung, insbesondere in der Landbevölkerung, zu unterschätzen. Zum einen ging diese Unterstützung auf den gemeinsamen Widerstand gegen die Fremdherrschaft zurück; zum anderen besteht eine hohe kulturelle Eigenständigkeit der afghanischen Bevölkerung. Den meisten von ihnen sind die tribalen, ethnischen und religiösen Strukturen weitaus vertrauter als moderne Gesellschaftsmodelle, die die westliche Allianz zu etablieren versuchte.

#### **d) Reflexion der deutschen Entwicklungszusammenarbeit**

Bei der Beurteilung der Wirkungen von Entwicklungszusammenarbeit während der Kriegsjahre 2001-2021 in Afghanistan muss zwischen der internationalen, der deutschen staatlichen und der nichtstaatlichen (hier der kirchlichen) Entwicklungszusammenarbeit unterschieden werden. Hier wird der Versuch unternommen, ihre Wirkung, die in den letzten zwei Jahrzehnten mit erheblichen finanziellen Mitteln erreicht wurde, mit der heutigen wirtschaftlichen und politischen Situation in Afghanistan in Bezug zu setzen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Ausgangslage in Afghanistan und die Rahmenbedingungen extrem schlecht und schwierig waren. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, wie effektiv Entwicklungszusammenarbeit sein kann, wenn sie gleichzeitig mit dem militärischen Einsatz und der Terrorbekämpfung durchgeführt werden sollte und nach bilateralen Prinzipien die Mittel an die afghanische Regierung und ihre Behörden gingen.

Teilerfolge konnte die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung vor allem in den Bereichen Grundbildung und berufliche Bildung wie auch in der Flüchtlingshilfe durch den Bau von Obdach für Binnenvertriebene erzielen. Mit deutscher und internationaler Unterstützung entstanden in den Städten Ansätze einer lebendigen Zivilgesellschaft, die sich frei artikuliert. Selbstbewusste Mädchen und Frauen sind herangewachsen, die ihr Recht auf Bildung wahrnahmen und sich den öffentlichen Raum als Botschafterinnen, Gouverneurinnen, Bürgermeisterinnen, Polizistinnen etc. eroberten. Im Jahr 2020 waren 21% der afghanischen Staatsbediensteten Frauen. Für das Unterhaus galt eine gesetzliche Frauenquote von 30%. Es herrschten Medienvielfalt und ein uneingeschränkter Zugang zu Information. Die Mütter- und Kindersterblichkeit konnte durch den Aufbau öffentlicher Dienstleistungen im Gesundheitswesen beachtlich reduziert werden. Jobs wurden durch Straßenbau und weiteren Infrastrukturaufbau, z.B. der Trinkwasserversorgung, geschaffen, was die lokale Wirtschaft förderte. In vielen Kommunen sind lokale Regierungsstrukturen aufgebaut worden, und der Verwaltungssektor wurde durch Schulungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbessert.

Trotz dieser Teilerfolge wurden weitreichendere und nachhaltige Ziele wie Rechtsstaatlichkeit oder das angesichts der patriarchalen Gesellschaft hochgesteckte Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verfehlt. Ein unnötiger Ausgabendruck durch die Bereitstellung zu hoher Mittel erschwerte deren sinnvolle und vor allem kontrollierte Verausgabung. Komplexe Projekte, die auf wirtschaftliche Entwick-

lung, Verhaltensänderungen, den Aufbau institutioneller Kapazitäten in der afghanischen Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit oder Gender abzielten, waren selten erfolgreich. Statt Geschlechtergerechtigkeit gelang in manchen Regionen allenfalls eine punktuelle Frauenförderung. So beträgt beispielsweise nach UN OCHA die heutige Alphabetisierungsrate von Frauen in Afghanistan trotz erheblicher Investitionen in den Bildungsbereich über zwei Jahrzehnte nur magere 23%, andere Quellen sprechen sogar nur von 17%. Zusätzlich war das Nebeneinander von Aufbauanstrengungen und anhaltender Gewaltsituation bis zur Machtübernahme der Taliban problematisch und behinderte Entwicklungsziele, z.B. der Grundbildung. So war es für viele Kinder zu gefährlich, in die Schule zu gehen.

Studien zu den Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan lassen nur den Schluss zu, dass mit sehr viel Geld vergleichsweise wenig erreicht wurde. Vielfach wurde eine unzureichende Abstimmung der unterschiedlichen Ressorts bemängelt. Das internationale Engagement musste sich zudem mit unterschiedlichen Vorstellungen der NATO-Staaten, der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan UNAMA und der lokalen Regierungen in Afghanistan auseinandersetzen. Strategische Evaluierungen zur rechtzeitigen Kurskorrektur fanden nicht statt, weil viele Regionen aufgrund des Krieges nicht zugänglich waren oder Mitarbeitende von den Taliban bedroht wurden. Die lokalen Regierungen setzten keine grundlegenden Reformen gegen das Patronagesystem, den Machtmissbrauch und die Menschenrechtsverletzungen durch. Die Kopplung der Eigenverwaltung von zur Verfügung gestellten Geldern an Effizienz und an wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und ihrer strukturellen Ursachen gelang nicht, die afghanische Zentralregierung blieb diesbezüglich untätig. Zu den lokalen Regierungsbeamtinnen und -beamten konnte keine Beziehung aufgebaut werden, weil sie häufig wechselten oder durch interne Machtkämpfe abgelenkt waren. Zudem wurden der Zentralismus der Regierung in Kabul und deren mangelnde Delegation von Befugnissen nicht genug hinterfragt; die meisten internationalen Mittel wurden weiterhin zentral über Kabul eingesetzt. Durch den überwiegenden Verbleib der Fachkräfte in Kabul wurde ein Mangel an zivilem Fachpersonal für den Verwaltungsaufbau auf Provinzebene beklagt. Dadurch war wenig Kenntnis der komplexen lokalen Strukturen und ihres Bezugs zur Zentralregierung – geprägt von unklaren Zuständigkeiten und Befugnissen – vorhanden und das Stadt-Land-Gefälle wuchs. Ohnehin erreichte die internationale staatliche Entwicklungszusammenarbeit 60% des Landes nicht, sondern konzentrierte sich auf die Städte und auf sichere Regionen mit Militärstützpunkten.

Insgesamt kann der Schluss gezogen werden, dass die Fähigkeit und Bereitschaft der afghanischen Regierungen chronisch überschätzt wurde und zu überambitionierten Planungen und Erwartungen führte. Einfache Projekte auf lokaler Ebene wie z.B. kleine Bewässerungsprojekte oder Projekte der Frauenförderung waren erfolgreich, jedoch ließen sich diese Erfolge nicht übertragen und institutionalisieren. Hinzu kommt das gravierende Versäumnis, dass die internationale Staatengemeinschaft nicht konsequent genug verhindert hat, dass die Aufständischen Mittel abgreifen konnten. Dies gelang ihnen vor allem, indem sie über den Zugang zu einigen Regionen bestimmen konnten und dort ihre Unterstützergruppen förderten. Es konnte nicht verhindert werden bzw. es wurde zugelassen, dass die Taliban schon in den beiden Jahrzehnten vor ihrer Machtergreifung in Wirtschaft und Politik Einfluss nahmen – ohne dass sie politisch eingebunden waren.

Werke der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit und kirchlichen humanitären Hilfe unterstützen zivilgesellschaftliche Strukturen jenseits der jeweiligen Regierungen und haben es daher einfacher, die Zivilgesellschaft zu erreichen und zu stärken. Die Projekte werden von einheimischem Personal durchgeführt, sind lokal angesetzt und damit kontextbezogen sowie zielgruppenorientiert. Statt Steuerung von außen ist ein wichtiges Prinzip der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit und kirchlichen humanitären Hilfe die Förderung von „Ownership“, der konsequenten lokalen Übernahme von Eigenverantwortung. Jahrelange persönliche Beziehungen ließen Netzwerke und vor allem Vertrauen auf der Grundlage von Verlässlichkeit entstehen. Die kirchlichen Werke der internationalen Zusammenarbeit wie Misereor, Caritas International, Diakonie Katastrophenhilfe und andere stellen ihr Engagement nicht grundsätzlich ein, wenn es schwierig wird, sondern zeigen sich flexibel, wenn eine sich verschlechternde Sicherheitssituation Änderungen im Projektmanagement erforderlich machen. Diese Konstanz und Verlässlichkeit waren ein wichtiger Anker für die Not leidenden Menschen in der volatilen und von Unsicherheit und Kriegswirren geprägten Zeit.

Ein weiteres Beispiel ist der Zivile Friedensdienst (ZFD), der von 2004 bis 2017 über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und seinerzeit den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) mit circa 30 aus öffentlichen Mitteln geförderten Friedensfachkräften in Afghanistan aktiv war. Auch wenn diese Zahl für ein gesamtes Land gering ist und die Arbeit eher exemplarisch zu betrachten ist, wurde wertvolle Arbeit der inklusiven Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung auch in Provinzen geleistet, in der die Zentralregierung kaum noch Regierungsgewalt hatte. Obwohl die Sicherheitslage schwieriger wurde, konnten dennoch 14 Projekte weitergeführt werden. Insbesondere wurden z.B. in Schulungen das Bewusstsein für Menschenrechte geschärft, Medienleute in ethisch verantwortlichem Journalismus ausgebildet, Lehrpläne für Schulen mit Elementen der Friedenserziehung entwickelt; traditionelle Räte wurden mit Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung vertraut gemacht und die Bildung von Netzwerken der Zivilgesellschaft wurde gefördert. Zum vom ZFD unterstützten „Afghan Civil Society Organisations Network for Peace“ hatten sich beachtliche 120 afghanische zivilgesellschaftliche NGOs zusammengeschlossen. Die Mitarbeitenden des Zivilen Friedensdienstes machten auch darauf aufmerksam, dass die internationale Staatengemeinschaft dazu neige, sicherere Gebiete zu vernachlässigen, in denen sich deshalb schnell instabile Zonen ausbreiten konnten. Leider wurden diese Warnungen wenig beachtet. Selbstkritisch lässt sich von den Projekten kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit und kirchlicher humanitärer Hilfe (mit ihren begrenzten Mitteln) wie Misereor, Caritas International, Diakonie Katastrophenhilfe und anderen sagen, dass sie nur punktuell in wenigen Regionen wirkten und sich nicht gesellschaftlich übertragen ließen. Die Partner loteten aus, was in einer bestimmten Region möglich war. Der Anspruch auf Modellhaftigkeit und die Hoffnung, dass die Nachfrage nach ähnlichen Projekten aus anderen Regionen wachsen würde, haben sich nicht halten können, weil zu Kriegszeiten Vernetzungsprozesse der Zivilgesellschaft kaum möglich waren.

Trotz allem gab es auch vielfache Erfolge in den letzten 20 Jahren. Deshalb muss man feststellen, dass die afghanische Gesellschaft in ihrer Entwicklung durch die Machtübernahme der Taliban massiv zurückgeworfen wurde. Dennoch muss sich die internationale Staatengemeinschaft, darunter die Bundesregierung, weiterhin für die afghanische Zivilgesellschaft engagieren, denn sie trägt eine

deutliche Mitverantwortung für deren desolate Situation. Neben kurz- und mittelfristiger humanitärer Hilfe ist auch langfristiges Engagement notwendig. Dafür ist eine breite gesellschaftliche Verankerung wichtig.

#### **e) Reflexion des deutschen Beitrags zum internationalen Militäreinsatz in Afghanistan**

Nach den Terrorangriffen auf die USA am 11. September 2001 waren Bündnissolidarität mit den USA und Wiederherstellung kollektiver Sicherheit die treibenden Motive der Bundesregierung: bei der Verfolgung der Terrordrahtzieher, bei der Beseitigung des sicheren Hafens internationaler Terrornetzwerke in Afghanistan und bei der Verhütung weiterer Terrorangriffe. Nach dem schnellen Sturz der Taliban und der Petersberg-Konferenz unterstützte Deutschland das Ziel der Vereinten Nationen, das von 23 Kriegsjahren zerrüttete Land zu stabilisieren, verlässliche Staatlichkeit und Entwicklung zu fördern und durch die internationale Unterstützungstruppe ISAF abzusichern. Dieser Ansatz einer umfassenden und strukturellen Terrorprophylaxe schien sicherheits- und friedenspolitisch Sinn zu machen. Und richtig war der Vorsatz in der deutschen politischen und militärischen Führung wie bei einigen anderen Verbündeten, nicht Besatzer werden zu wollen und die afghanische Übergangsregierung auf dem schwierigen Weg zu mehr Sicherheit und Frieden zu unterstützen, sie nicht zu bevormunden.

Die Realität des internationalen Afghanistaneinsatzes entwickelte sich aber anders.

Unterhalb allgemeiner politischer Mandate mangelte es ihm an einer gemeinsamen und kohärenten zivil-militärischen Strategie. Gravierend war die durchgängige Inkohärenz der strategischen Prioritäten wichtiger Verbündeter: Auf Seiten der USA dominierten über weite Strecken der „War on Terror“ und das Ziel, die Taliban militärisch zu besiegen, wobei auf die Zivilbevölkerung wenig Rücksicht genommen wurde. Auf Seiten der Vereinten Nationen und etlicher europäischer Verbündeter, darunter Deutschland, dominierte das Ziel der Stabilisierung, Sicherheits- und Staatsaufbauunterstützung. Das Nebeneinander von drei Militäroperationen (OEF, ISAF, Spezialoperationen der CIA) und unterschiedliche Ansätze von Nationen und internationalen Organisationen (z.B. beim Polizeiaufbau oder in der Entwicklungszusammenarbeit) waren weitere Felder strategischer Inkohärenz.

Von Gewicht war die deutsche Beteiligung an dem multinationalen ISAF-Einsatz, der ab 2003 von der NATO geführt wurde. Die im Vergleich zur Größe des Einsatzgebietes schwachen Kräfte von Bundeswehr, Auswärtigem Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Polizei trafen in Camp Marmal und den deutschen *Provincial Reconstruction Teams* (PRT) in Kunduz und Feyzabad zusammen, um im Rahmen der „vernetzten Sicherheit“ (später „vernetzter Ansatz“) ihre Arbeit abstimmen zu können. Im Alltag konnten dabei Distanzen zwischen den Ressorts reduziert und ressortübergreifende Kooperation befördert werden. Nüchtern ist aber festzustellen, dass die Praxis des vernetzten Ansatzes noch erheblich hinter der ihm vor allem von der Sicherheitspolitik zugesprochenen Schlüsselrolle zurückbleibt. Schon vor der Führungsrolle im Norden übernahm Deutschland die Lead-Rolle bei der (Koordination der) internationalen Aufbauhilfe für die afghanische Polizei. Allerdings wurde diese für nachhaltige Sicherheit fundamentale Aufgabe personell und finanziell in den ersten sieben Jahren völlig unzureichend ausgestattet. Mit Hilfe des

deutschen Polizeiprojekts wurden wichtige Komponenten einer Zivilpolizei gefördert. Die Ausbildung der Masse der einfachen Polizeikräfte wurde aber den USA überlassen, die sich auf eine militärische Kurzausbildung für die Aufstandsbekämpfung beschränkten.

In den ersten Jahren erreichten die ISAF-Kräfte in der Nordregion deutliche Stabilisierungsschritte, die viele Aufbauaktivitäten beförderten und Hoffnungen begründeten. In den Folgejahren verschlechterte sich die Sicherheitslage allerdings gravierend und die Initiative ging verloren. Der Kräfteansatz, die Bewaffnung und die Einsatzkonzeption des deutschen Kontingents wurden zunächst nicht der gewachsenen Bedrohung angepasst. Der Luftangriff vom 4. September 2009 bei Kunduz mit vielen Zivilopfern war der Tiefpunkt dieser Entwicklung.

Unter Präsident Barack Obama wechselten die USA und damit auch ISAF zu einer Strategie der politisch-militärischen Aufstandsbekämpfung (*Counterinsurgency/COIN*), bei der das Gewinnen der „hearts and minds“ der Bevölkerung der entscheidende Hebel zur Schwächung der Aufständischen sein sollte. Mit verstärkten Kräften führten nun auch deutsche ISAF-Kräfte offensive Operationen durch, gefolgt von schnellen Stabilisierungsmaßnahmen des Auswärtigen Amtes. Auf diesem Wege konnten 2011/12 Aufständische zurückgedrängt und die enorme Zunahme an Sicherheitsvorfällen erstmals seit Jahren umgekehrt werden. Mit der Ankündigung des ISAF-Abzuges bis Ende 2014 war aber vorprogrammiert, dass die Sicherheitsfortschritte auf taktischer Ebene nicht nachhaltig sein würden. Zudem wurde von Afghanistan-Kundigen grundsätzlich bezweifelt, dass eine sozial-technokratische COIN-Strategie angesichts der komplexen Loyalitätsbeziehungen in der fragmentierten afghanischen Gesellschaft, der überwiegend schlechten Regierungsführung und angesichts einer lokal verankerten und aus Pakistan genährten Aufstandsbewegung strategisch erfolgreich sein könnte. Mit der Folgemission „Resolute Support“ wurde die NATO-geführte Sicherheitsunterstützung erheblich reduziert: Rückzug auf den Hauptstützpunkt der jeweiligen Großregion, Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte nur noch auf der Hochebene der Korps weit weg von der Umsetzungsebene, ausdrücklich ohne Kampfauftrag. Parallel zum ISAF-Abzug verschlechterte sich die Sicherheitslage erheblich. Mit den Talibanangriffen auf das deutsche Generalkonsulat in Mazar 2016, die deutsche Botschaft 2017 und auf „Green Village“, wo auch deutsche GIZ-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter sowie Polizistinnen und Polizisten untergebracht waren, verlor Deutschland alle Stützpunkte einer zivilen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Diese Rückschläge standen exemplarisch für eine verschärfte Sicherheitslage seit 2016. 2019 starben 41% aller Terrortoten weltweit in Afghanistan.

Auch wenn al-Qaida geschwächt worden war, die strategischen Ziele einer nachhaltigen Eindämmung von Terrorismus und die Förderung eines sichereren Umfeldes mit Hilfe durchhaltefähiger Sicherheitskräfte wurden verfehlt. Der von zwei US-Präsidenten verkündete bedingungslose, überhastete und mit den verbündeten nicht koordinierten Einsatzabbruch bedeutete eine einseitige Aufkündigung von Bündnisloyalität und von Verlässlichkeit gegenüber den Verbündeten am Boden. Er mündete in einem menschlichen, politischen und moralischen Desaster.

Dieses Scheitern wurde wesentlich bedingt durch eine systematische Unehrllichkeit, die als Grundmuster des Umgangs mit dem Einsatz auf verschiedenen Ebenen der politischen und militärischen Hierarchie zu finden war.

Es fehlte eine klare Benennung der außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Für die Spitzen der Bundesregierung war Bündnisloyalität das ausschlaggebende Interesse für einen deutschen Afghanistan-Einsatz. Diese Loyalität war aber nicht unterfüttert mit einer gemeinsamen Strategie der internationalen Partner und wurde auch angesichts fehlerhafter Entwicklungen nicht infrage gestellt. So bekamen deutsche Einsatzkräfte immer wieder das Bündnisdilemma zu spüren: Einerseits waren deutsche Soldatinnen und Soldaten in kritischen Situationen auf Überlebenshilfe durch US-Kräfte angewiesen, andererseits erfuhr man von Operationsweisen von US-Truppen, die sich nicht verlässlich an das humanitäre Völkerrecht hielten und damit das Einsatzziel konterkarierten.

Die Aufbauunterstützung eines kriegszerrütteten Landes und die Förderung von Menschen- und Frauenrechten wurden teilweise zur politischen Legitimation des Einsatzes instrumentalisiert. Für viele Durchführende des deutschen Afghanistan-Engagements waren dies jedoch maßgebliche Motive.

Demzufolge blieben politische Mandate und Aufträge abstrakt. Eine Benennung klarer, realistischer und überprüfbarer Ziele wurde unterlassen. Insofern mangelte es dem deutschen Einsatz an klarer Wirkungsorientierung: Auf der taktischen Ebene von Operationen, Einsatzerfahrungen, Maßnahmen und Projekten waren Analysen von Wirksamkeit und Erfahrungslernen zwar professioneller Alltag, aber systematische, ressortübergreifende und unabhängige Wirkungsuntersuchungen (Evaluierungen) des Gesamteinsatzes wurden von der Bundesregierung – und den jeweiligen Koalitionsmehrheiten – bis zum Jahr des Einsatzabbruchs immer verweigert. Diese Verweigerungshaltung verhinderte, dass Fehlentwicklungen des Einsatzes frühzeitig analysiert und korrigiert werden konnten. Dass dies in Deutschland nicht geschah, war ein kollektives politisches Führungsversagen und verweigerte Verantwortung gegenüber den Menschen in Afghanistan und den dorthin von Bundesregierung und Bundestag entsandten Frauen und Männern. Die Beispiele einiger anderer Verbündeter haben dagegen gezeigt, dass Wirkungsanalysen sehr wohl möglich waren.

Landeskennntnis und interkulturell-historisches Konfliktverständnis fehlten. Der hoch komplexen und fragmentierten afghanischen Gesellschaft begegneten Führungsebenen internationaler Akteure viel zu oft mit machtpolitischem Kalkül, sicherheitspolitischem Wunschdenken und Machbarkeitsillusionen. Vorhandene wissenschaftliche und Erfahrungskompetenzen wurden – gerade auch von den politisch Verantwortlichen in Deutschland – viel zu wenig einbezogen. In der Folge wurden Unverträglichkeiten von Terrorbekämpfung und gleichzeitigem Aufbau massiv unterschätzt sowie eigene Wirkungsmöglichkeiten in dem schwer durchschaubaren afghanischen Umfeld überschätzt. Viel zu wenig nahm man zur Kenntnis, dass mehr als drei Viertel der afghanischen Bevölkerung auf dem Land leben. Internationale Politik und ihre Akteure orientierten sich vorwiegend am städtischen Afghanistan. Politischer Besuch aus Deutschland kam am ehesten in Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und städtischer Zivilgesellschaft, fast nie mit der ländlichen Bevölkerung.

Es mangelte an Realitätswahrnehmung. Bei vielen Verbündeten und Medien, so auch in Deutschland, dominierte ein Tunnelblick auf den eigenen Verantwortungsbereich und Kabul. Was in anderen Landesteilen wie etwa den intensiven Kriegszonen von Helmand und Kandahar geschah, blendete man weitestgehend aus. Auch die Rolle der Nachbarstaaten, insbesondere Pakistans, ohne die

eine Befriedung Afghanistans nicht zu erreichen ist, wurde nicht ausreichend in den Blick genommen. Berichte zur Sicherheitslage an das Parlament beschränkten sich über viele Jahre auf bloße Meldungen über Sicherheitsvorfälle, Operationen und Maßnahmen, ergaben aber kein Lagebild mit Trends, Schwerpunkten etc. Realistische Lagebilder und Berichte aus dem Einsatz durchliefen auf dem Weg nach oben Filter von Weichzeichnen und Schönreden, befördert durch politischen Erwartungsdruck, Karriererücksicht und mangelnder Fehlerkultur. Mit der Verschärfung der Sicherheitslage wuchsen die Mauern der Wagenburgen und schrumpften die Kontakte mit Einheimischen, verdünnte sich das Lagebild.

Der Personal- und Mitteleinsatz war anfänglich sehr zurückhaltend und von einer enormen Unterschätzung der Herausforderung Afghanistan geprägt. Verstärkungsforderung von vor Ort wurden entweder abgewehrt, wenn es (bis 2009) um die Aufstockung und stärkere Bewaffnung der Bundeswehr ging, oder in Politik wie Medien weitestgehend ignoriert, wenn es um die Verstärkung der minimalen diplomatischen und schwachen polizeilichen Kräfte ging.

Die massive Fehleinschätzung im Hinblick auf die Zentralregierung und die afghanische Armee führte am Ende zu einem katastrophalen Evakuierungseinsatz, bei dem viele Ortskräfte zurückblieben. Bis heute werden durch eine enge Definition und eine restriktive Aufnahmepolitik Menschen zurückgelassen, die durch die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und anderen deutschen Institutionen stark gefährdet sind.

#### **f) Reflexion der Begleitung der Menschen im und nach dem Einsatz**

Im folgenden Abschnitt wird ein Perspektivwechsel vorgenommen: Hier geht es um die Frage, wie sich der Einsatz auf die Menschen ausgewirkt hat, die sich in den 20 Jahren aus Deutschland in Afghanistan engagiert haben. Die Darstellung geschieht aus der Perspektive der seelsorglichen Begleitung und ist v.a. fokussiert auf die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

20 Jahre Einsatz in Afghanistan – das bedeutet auch 20 Jahre seelsorgliche Begleitung von Menschen vor, während und nach ihrem Einsatz. 2002 gingen die ersten Militärgeistlichen mit dem ersten Kontingent von Soldatinnen und Soldaten nach Kabul ins Camp Warehouse. Der letzte Militärgeistliche begleitete die Truppen, die die Evakuierungsmaßnahmen im Sommer 2021 durchführten. Etwa 80 evangelische und 80 katholische Militärgeistliche waren in Afghanistan seelsorglich tätig.

Dabei war ihr Aufgabengebiet nicht nur auf die Bundeswehrkontingente beschränkt. Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorger haben in Afghanistan auch deutsches Botschaftspersonal und die deutschen Polizeieinheiten unterstützt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und deutsche Nichtregierungsorganisationen wurden ebenfalls durch sie begleitet. Seelsorgliche Begleitung in Afghanistan bedeutete zunächst: mit Menschen die Lebenszeit und Lebenswelt, ihre Sorgen, Nöte, Trauer, Hoffnungen und Freuden vor Ort am Hindukusch zu teilen. Die Pfarrerinnen und Pfarrer trösteten bei Tod und Verwundung, boten Rituale an zu Trauer- und Angstbewältigung. Besonders bei Ereignissen von Tod und Verwundung fand eine enge Zusammenarbeit zwischen Militärgeistlichen und Vertretern des Sanitäts- und Psychologischen Dienstes statt. Es zeigte sich, dass nur durch eine Zusammenarbeit der verschiedenen Dienste eine Begleitung der

Menschen wirksam wird. Die gegenseitige Ergänzung und Unterstützung sind im Laufe der Jahre sehr gewachsen.

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (EAS) und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e. V. (KAS) haben zunächst in Kabul, später dann in Mazar-e-Sharif Betreuungseinrichtungen errichtet, sogenannte OASEN. Sie waren gleichsam christliche Gemeindehäuser und zugleich ein wichtiger Aufenthaltsort für die Soldatinnen und Soldaten außerhalb ihres Dienstes.

Zwanzig Jahre Einsatz: Menschen haben sich für Frieden und Stabilität eingesetzt. Allein aus Deutschland starben 59 Soldaten. Andere kehrten mit schweren Verletzungen an Leib und Seele zurück, unter denen sie bis heute leiden. Durch die Belastungen wurden Ehen und Familien auseinandergerissen. Diese Belastungen betreffen nicht nur Soldatinnen und Soldaten, sondern viele Menschen, die sich in Afghanistan engagiert haben. In dieser gefühlsmäßigen Gemengelage war und ist die seelsorgliche Begleitung gefordert. Es ist eine Aufgabe nicht nur von Militärgeistlichen, sondern der Kirchen insgesamt, Kontakt zu den ihnen anvertrauten Menschen zu suchen, offen zu sein für Gespräche, Trauer und Klage zuzulassen oder sie stellvertretend im Gespräch, im Gebet und in Gottesdiensten zu formulieren. Dies ist nicht ausschließlich Aufgabe der Kirchen und ihren Seelsorgenden, sondern der gesamten Gesellschaft. Nicht nur Soldatinnen und Soldaten beklagen das Desinteresse vieler in der Gesellschaft. Das war eine zusätzliche Belastung der Einsatzkräfte in Afghanistan.

Es hat Jahre gedauert, bis auch die Kirchen und die politisch Verantwortlichen gemerkt haben, was für eine Belastung der Einsatz in Afghanistan für die Menschen und ihre Familien bedeutet.

2007 wandten sich Hinterbliebene von in Afghanistan getöteten und gefallenen Soldaten an die Militärseelsorge mit der Bitte um mehr Unterstützung, die sie durch die Bundeswehr als unzureichend empfunden hatten. Damit begann das intensiviertere Engagement der Militärseelsorge für Menschen, die unter Einsatzfolgen leiden. Zusammen mit dem Psychologen des Einsatzführungskommandos wurde ein interdisziplinäres (Psychologie/Seelsorge/Trauerbegleitung) Planungsteam zusammengestellt und das Format von Hinterbliebenenwochenenden entworfen und seit 2008 durchgeführt. Aus diesem Anfangsgeschehen entstanden das Bedürfnis und die Notwendigkeit, seelsorglich diejenigen intensiver zu betreuen, die im Afghanistaneinsatz traumatisiert und verletzt worden sind, und Ehemalige und ihre Familien nicht aus den Augen zu verlieren. 2012 wurde eine umfängliche seelsorgliche Trauma- und Verwundeten-Begleitung ins Leben gerufen, die sich zu ASEM (Arbeitsfeld Seelsorge für unter Einsatz- und Dienstfolgen leidende Menschen) weiterentwickelt hat. Zielgruppen des ASEM sind aktive und ehemalige Angehörige der Bundeswehr, die im Dienst körperliche oder seelische Verwundungen erlitten haben, mit ihren Familien oder nahestehenden Personen, Hinterbliebene von Angehörigen der Bundeswehr, Mitglieder des psychosozialen Netzwerks der Bundeswehr und weitere Unterstützende („Hilfe für Helfende“).

Die Angebote sind Veranstaltungen der Militärseelsorgen unter Leitung einer Seelsorgerin bzw. eines Seelsorgers. Es wird in interdisziplinären Teams aus der Bundeswehr und dem zivilen Umfeld gearbeitet, in denen soziale, psychologische, medizinische, kreative und therapeutische Kompetenzen



abgebildet werden. Die Teams werden von Militärgeistlichen geleitet. Bedarfs- und bedürfnisgerechte sowie unbürokratische Hilfe werden im geschützten Rahmen angeboten.

Im Herbst 2021 haben viele die bestürzenden Ereignisse in Afghanistan verfolgt. Erschütterung, Fassungslosigkeit, Hilflosigkeit, Wut, Ärger – diese Worte konnte man von Soldatinnen und Soldaten sowie von Militärgeistlichen hören, wenn sie über ihre Gefühlslage gesprochen oder geschrieben haben. Manche von ihnen berichteten von einem Gefühlschaos, das sie ergriff. Das betraf gerade diejenigen, die in den vergangenen zwanzig Jahren in Afghanistan waren.

Manche stellen die Frage, welchen Sinn der Einsatz hatte. Sie sprechen von Sinnlosigkeit und Frustration. Andere wiederum erleben einen Vertrauensverlust in die politische Führung.

Einige bangen bis heute um das Leben der Einheimischen, mit denen sie im Einsatz zusammengearbeitet haben. Sie erlebten mit großer Fassungslosigkeit, wie spät die Evakuierung der Ortskräfte angelaufen ist. Einige sprechen davon, moralisch verletzt zu sein. Manche befürchten, dass die schon verheilten Wunden bei den durch den Einsatz belasteten Menschen wieder aufbrechen, Traumatisierte retraumatisiert werden.

Die Zeitverzögerung zwischen einem Ereignis und dem Erkennen einer massiven Belastung bis zu Erkrankung wird die Bundeswehr in Seelsorge, Medizin, Psychologie und Sozialdienst noch sehr lange bewegen und herausfordern. Für viele, die in Afghanistan eingesetzt waren, ist der Einsatz noch nicht beendet. Er begleitet sie Tag und Nacht. Für sie tragen wir alle in Deutschland Verantwortung. Dabei sind bisher diejenigen noch nicht betrachtet worden, die außerhalb der Bundeswehr in anderen Institutionen und Organisationen in Afghanistan im Einsatz waren. Auch für sie bedarf es Angebote, um die Traumatisierungen und Belastungen verarbeiten zu können. Bei alledem ist zu bedenken, dass vor allem die afghanische Bevölkerung unter Traumatisierungen leidet. Es gehört zur erweiterten internationalen Verantwortung, ihr hier Unterstützung anzubieten – auch wenn dies unter den gegebenen Umständen praktisch unmöglich scheint.

Angesichts der in Afghanistan ums Leben gekommenen Soldaten entstand die Frage nach angemessenen Trauergottesdiensten. In Zusammenarbeit mit Vertretern des Bundesministeriums der Verteidigung wurde ein Ablauf vereinbart, der dem Wunsch der Hinterbliebenen Rechnung trug. Vom Zentrum für Predigt- und Gottesdienstkultur der EKD wurden in Zusammenarbeit mit Vertretern der Militärseelsorge Vorlagen für (multireligiöse) Trauerfeiern für im Einsatz getötete Soldatinnen und Soldaten entwickelt.

Ebenso entstand das Bedürfnis nach angemessenen Gedenkorten für die Gefallenen. Die Militärseelsorge hat die Hinterbliebenen bei ihrer Initiative zur Erstellung eines ersten Gedenkortes (Ehrenmal der Bundeswehr) unterstützt und begleitet.

### **3. Lessons learned – eine Zusammenfassung**

Vor dem Hintergrund des Leitbilds vom Gerechten Frieden, der Erfahrungen der Einsatzkräfte in Afghanistan und aus bleibender Verantwortung für die Menschen in Afghanistan will die GKKE einen Beitrag zur Auswertung des Afghanistaneinsatzes leisten. Das Gebot der Stunde ist konsequente

Ehrlichkeit in der Aufarbeitung, die Betrachtung der verschiedenen Ebenen des Einsatzes (zivil, politisch, entwicklungspolitisch, militärisch etc.) und die Einbeziehung der Afghaninnen und Afghanen. Auch wenn es hier um eine Aufarbeitung des deutschen Einsatzes in Afghanistan geht, ist vor allem das Leid der afghanischen Bevölkerung wahr- und ernst zu nehmen. Es bleibt die Verantwortung Deutschlands, die Menschen in Afghanistan zu unterstützen.

Das Scheitern des Afghanistan-Einsatzes im Großen heißt nicht, dass der Einsatz der von deutscher Politik nach Afghanistan entsandten Frauen und Männer vollkommen gescheitert wäre: Mit dem Ziel und der Motivation, dem geschundenen afghanischen Volk beim Friedensaufbau zu helfen, setzen sie sich voll, auch unter Risiken, ein, erreichten Teilfortschritte und machten Hoffnung.

Der internationale Einsatz in Afghanistan hat folgendes gezeigt:

- Eine umfassende und unabhängige Wirkungsevaluation des Afghanistan-Einsatzes hat nie stattgefunden und hat das rechtzeitige Lernen aus Fehlentwicklungen verhindert. Daraus ist zu lernen, dass jeglicher Einsatz – ob zivil oder militärisch – frühzeitig, regelmäßig und unabhängig unter Beteiligung der Landesbevölkerung evaluiert werden muss, um Fehlentwicklungen entgegenzusteuern und die Frage zu beantworten, ob ein Einsatz weiterhin sinnvoll ist.
- Die beiden großen Kirchen haben sich mit unterschiedlichen und widersprüchlichen Äußerungen an der öffentlichen Debatte zum Afghanistan-Einsatz beteiligt und müssen sich fragen, ob sie genug Orientierungswissen angeboten haben. Daraus ist zu lernen, dass es einer intensiven Bearbeitung der friedensethischen Fragestellungen bedarf, die der Komplexität der Situationen angemessen ist und damit einen geeigneten Raum für die öffentliche Debatte bietet.
- Die internationalen Verbündeten sind bei der Förderung dauerhafter Staatlichkeit bzw. dem *State Building* in Afghanistan in unterschiedlicher Weise von rechtsstaatlichen Institutionen westlichen Vorbilds und soziokulturellen Voraussetzungen ausgegangen, die in Afghanistan nicht gegeben waren und sind. Daraus ist zu lernen, dass externe Akteure sich beim *State Building* auf eine „Hebammen-Rolle“ beschränken sollten, um es der jeweiligen Gesellschaft zu ermöglichen, ihr eigenes Modell gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens zu entwickeln. Für einen solchen Prozess sind Zeithorizonte von mindestens ein bis zwei Generationen realistisch.
- In Afghanistan herrscht eine endemische Korruption, die vor allem die Spitze des Staates, die politischen Eliten und fragwürdige Partner betrifft. Auch viel Geld der internationalen Akteure hat die Korruption befördert. Daraus ist zu lernen, dass kluge Politik im Vorfeld überlegen muss, mit welchen Maßnahmen exzessive Korruption einhegbar ist und im Rahmen des *State Building* sukzessive überwunden werden kann.
- Zu den größten Fehlern des Afghanistan-Einsatzes gehört die mangelnde Kenntnis und Differenzierung des religiös-ethnischen Kontextes und die Gleichsetzung der Taliban mit anderen islamistischen Gruppen. So hat man die Taliban nicht an der Konfliktlösung und dem Neuaufbau des Landes beteiligt. Daraus ist zu lernen, dass eine fundierte Kenntnis der religiösen, kulturellen und geschichtlichen Hintergründe eines Landes und ein umfassendes

Konfliktverständnis fundamentale Voraussetzungen für das Gelingen eines Einsatzes vor Ort sind – sowohl militärisch als auch zivil. Bei einer politischen Konfliktlösung und einem evtl. Neuaufbau eines Landes sind auch schwierige Verhandlungspartner – wie z.B. die Taliban in Afghanistan – nach Möglichkeit einzubinden.

- In der Entwicklungszusammenarbeit sind manche Fortschritte für die afghanische Bevölkerung erzielt worden, weitreichendere Ziele wie Rechtstaatlichkeit oder das angesichts der patriarchalen Gesellschaft hochgesteckte Ziel der Geschlechtergerechtigkeit wurden verfehlt. Mit viel Geld ist vergleichsweise wenig erreicht worden. Daraus ist zu lernen, dass Entwicklungszusammenarbeit unter den Bedingungen eines *failed state* dann etwas bewirken kann, wenn sie mit bescheidenen, kontextsensiblen Zielen von unten wächst, langfristig und konsequent auf Übernahme von Eigenverantwortung angelegt und gesellschaftlich verankert ist.
- Das ausschlaggebende Motiv für den deutschen Afghanistan-Einsatz war die Bündnissolidarität mit den USA. Unterhalb allgemeiner Mandate mangelte es allerdings an einer gemeinsamen, kohärenten, zivil-militärischen Strategie der Verbündeten. Der internationale Militeinsatz in Afghanistan hat seine strategischen Ziele eines sicheren Umfeldes für (Staats-) Aufbau und Entwicklung und einer nachhaltigen Terrorbekämpfung verfehlt. Daraus ist zu lernen, dass Bündnissolidarität im Allgemeinen kein hinreichender Grund für einen Einsatz solchen Umfangs ist. Vielmehr muss sie durch eine gemeinsame Strategie, ausreichendes Konfliktverständnis, Kohärenz, Machbarkeitsrealismus und auf menschliche Sicherheit zielende Wirkungsorientierung unterfüttert sein.
- Das strategische Scheitern des deutschen Afghanistan-Einsatzes wurde wesentlich durch eine fortwährende Unehrlichkeit geprägt. Es fehlte an einer klaren Benennung der außen- und sicherheitspolitischen Interessen - Mandate blieben abstrakt, realistische Lagebilder wurden weichgezeichnet und geschönt, Personal- und Mitteleinsatz für einen erfolgreichen Einsatz unterschätzt. Daraus ist zu lernen, dass vor und in jeglichem politisch-zivil-militärischen Engagement in einem anderen Land ressortübergreifend und kohärent eine ehrliche Analyse, eine realistische Einschätzung der Ziel-Mittel-Relation und eine fortwährende ehrliche und unabhängige Evaluation nötig ist, um einen Einsatz rechtfertigen zu können.
- Der Einsatz in Afghanistan hatte auch für Soldatinnen und Soldaten und Mitarbeitende anderer Institutionen einen hohen Preis. Es hat Jahre gedauert, bis die politisch Verantwortlichen – und auch die Kirchen – wahrgenommen haben, was für eine Belastung der Einsatz in Afghanistan für die Menschen und ihre Familien bedeutet. Daraus ist zu lernen, dass frühzeitig entsprechende Begleitungsstrukturen zu etablieren sind. Als demokratische Gesellschaft tragen wir Verantwortung für die Menschen, die in Auslandseinsätze gesandt werden, seien es Soldatinnen und Soldaten, seien es Polizeikräfte, seien es andere zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Regierungs- und Nichtregierungsebene.

## **Anhang: Mitglieder der Task Force „Beitrag zu Evaluation des deutschen Afghanistan-Einsatzes“ der GKKE**

Dr. Dirck Ackermann, Leitender Militärdekan im Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr, Berlin

Renke Brahms, ehemaliger Friedensbeauftragter des Rates der EKD, Berlin (Vorsitzender der Task Force)

Anna Dirksmeier, Länderreferentin für Afghanistan und Pakistan des Bischöflichen Hilfswerks Misereor, Aachen

Michael Frischmuth, Leiter Programme bei Diakonie Katastrophenhilfe, Berlin

Generalleutnant a.D. Carsten Jacobson, ehemaliger stellvertretender Inspekteur des Heeres und Kommandeur Einsatz im Kommando Heer, Munster

Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Leitender Direktor des Instituts für Theologie und Frieden, Hamburg

Winfried Nachtwei, ehemaliges Mitglied des Bundestages für Bündnis 90 / Die Grünen, Münster

PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner, Leiterin des Arbeitsbereichs „Frieden“ an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg

### *Geschäftsführung*

Dr. Markus Patenge, Referent bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Berlin